
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 13 (1985)

DOI: 10.11588/fr.1985.0.52109

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

MARIE-LUISE RECKER

DER VERTRAG VON DOVER 1670 ZUR ENGLISCHEN AUSSENPOLITIK DER RESTAURATIONSZEIT

In seinen Überlegungen über »das monarchische Prinzip und die konstitutionelle Verfassung« wie auch in anderen verfassungsgeschichtlich-vergleichenden Arbeiten geht Otto Hintze auf das Wechselverhältnis von äußerer und innerer Staatsbildung ein und verweist auf den konstitutiven Zusammenhang zwischen inneren Verfassungszuständen und geographisch-außenpolitischen Faktoren im neuzeitlichen europäischen Staatensystem. Mit Hinweis auf den Richtsatz des englischen Historikers Seeley, »daß das Maß von Freiheit, das in einem Staate vernünftigerweise stattfinden kann, umgekehrt proportional dem militärisch-politischen Druck sei, der auf seine Grenze vom Ausland her ausgeübt wird«¹, sieht er in der Insellage Großbritanniens einerseits und in der kontinentalen Umklammerungssituation Preußen-Deutschlands andererseits die wesentlichen Faktoren für die so unterschiedliche innenpolitische Entwicklung beider Staaten seit dem 17. Jahrhundert.

Diese Überlegungen Hintzes sollen zum Anlaß genommen werden, in bezug auf das englische Beispiel das Verhältnis von innerer Entwicklung und äußerer Lage zu analysieren und hierbei insbesondere die Frage zu erörtern, wieweit äußerer Druck bzw. eine Intervention oder gar Invasion durch andere europäische Staaten die innenpolitische Entwicklung in England selbst bestimmt und die das gesamte 17. Jahrhundert durchziehende Auseinandersetzung zwischen Parlament und Krone um die zukünftige innere Ordnung beeinflußt haben. Im Mittelpunkt steht dabei der Geheimvertrag von Dover² vom Juni 1670 zwischen Karl II. und Ludwig XIV., da die dort zwischen beiden Monarchen vereinbarten Klauseln einen deutlichen Zusammenhang zwischen innerer Gestaltung und äußerer Bindung Englands herstellten und die sich an ihn anschließende innenpolitische Auseinandersetzung um die innere Verfassung und äußere Ausrichtung des Inselreiches gleichsam exemplarisch Möglichkeiten und Grenzen einer derartigen Intervention bzw. Invasion aufzuzeigen vermögen.

Auf den ersten Blick schien sich die Außenpolitik Karls II. nach der Rückkehr der Stuarts auf den englischen Thron³ in den Bahnen zu bewegen, die vor ihm bereits Oliver Cromwell vorgezeichnet hatte, nämlich ein Krieg gegen den Handelsrivalen Holland und ein Bündnis mit Frankreich. Allerdings waren im Falle des Lord

1 Otto HINTZE, *Gesammelte Abhandlungen*, hg. von Gerhard OESTREICH, Bd. 1, Göttingen²1962, S. 411.

2 Abgedruckt in Gerald M. D. HOWAT, *Stuart and Cromwellian Foreign Policy*, London 1974, S. 166 ff.

3 Vgl. hierzu insbesondere Godfrey DAVIES, *The Restoration of Charles II 1658–1660*, London 1955, S. 338 ff., sowie R. W. HARRIS, *Clarendon and the English Revolution*, London 1983, S. 274 ff. Vgl. auch allgemein zur englischen Restaurationszeit David OGG, *England in the Reign of Charles II*, Oxford²1956; G. E. AYLMER, *The Struggle for the Constitution*, London 1963; John P. KENYON, *Stuart England*, London 1978, sowie J. R. JONES, *Country and Court. England 1658–1714*, London²1980.

Protectors Motive und Ziele durchaus nicht identisch mit denen seines königlichen Nachfolgers. Unter dem Postulat, seine Herrschaft zu festigen, mußte es Cromwells oberstes politisches Gebot sein, den exilierten Stuarts jede Basis für eine militärische Invasion zur Wiedererlangung des englischen Thrones zu rauben und die internationale Position des Inselreiches, falls notwendig mit Rückgriff auf sein militärisches Potential zu Lande und zur See, zu stärken. Beides aber sprach schließlich für die Option zugunsten Frankreichs. Wie neuere Forschungen gezeigt haben⁴, war er insbesondere darum bemüht, England möglichst nicht in die Auseinandersetzungen zwischen den Häusern Habsburg und Bourbon um die Hegemonie in Europa zu verwickeln und die vorteilhafte Position auszunutzen, daß beide Parteien sich um die Unterstützung des revolutionären England bemühten. Im Sinne der Stärkung seiner außenpolitischen Handlungsfreiheit hatte er sich auch schon bald nach der Errichtung des Protektorats um eine Beilegung des Krieges gegen Holland bemüht, ein Krieg, der noch eine Erbschaft des Rumpfparlaments gewesen war und nach dessen Beendigung ihm häufig der Vorwurf gemacht wurde, die Früchte des englischen Sieges leichtfertig und vorschnell verschleudert zu haben. Gleichzeitig bot das Bündnis mit Mazarin, zu dem er sich dann nach langem Zögern entschlossen hatte, die Gewähr, daß die für die äußere Sicherheit des Commonwealth so vorteilhafte Rivalität zwischen Spanien und Frankreich weiter geschürt wurde, ja, daß England selbst mit dem Erwerb Dünkirchens (1658) einen Stützpunkt auf dem Kontinent erhielt, der die Invasionsgefahr bannte und seine Aktionsmöglichkeiten gegenüber den wichtigsten europäischen Mächten erhöhte.

Für Karl II. konnten die Maximen, die Cromwells Außenpolitik geleitet hatten, nicht im selben Maße gelten wie bisher, da nun der wichtigste Grund für dessen schließliche Option zugunsten Frankreichs fortgefallen war, nämlich die Absicht, jeder ausländischen Invasion zur Durchsetzung der Thronansprüche der Stuarts möglichst die Basis zu entziehen. Zudem trafen der Fall des Commonwealth und die Restauration der Monarchie mit der Herausbildung eines neuen Kräftegleichgewichtes in Europa zusammen, als mit dem Pyrenäenfrieden 1659 der spanisch-französische Krieg beendet und somit die die letzten eineinhalb Jahrhunderte das europäische Geschehen beherrschende Auseinandersetzung zwischen den Häusern Habsburg und Bourbon zugunsten des letzteren entschieden worden war. Die zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts war gekennzeichnet durch den Aufstieg Frankreichs zur europäischen Hegemonialmacht, dessen aggressive und dynamische Politik alle bisherigen Erfahrungen und außenpolitischen Grundsätze in Frage stellen mußte. Schon bald nach seinem Regierungsantritt 1661 schuf Ludwig XIV. nicht nur die größte und modernste Armee des Kontinents, sondern auch eine umfangreiche und schlagkräftige Flotte mit Basen an der Atlantikküste und im Mittelmeer, die eine direkte Bedrohung der englischen Sicherheit bedeutete. Zudem war auch Colberts merkantilistische Wirtschaftspolitik in Verbindung mit strikt zu Geltung gebrachten Einfuhrzöllen eine ernsthafte Herausforderung an die englische Wirtschafts- und Handelsmacht.

Die englische Antwort auf diese Situation war zunächst schwankend und unsicher⁵,

⁴ Ich folge hier der Interpretation von Charles P. KORR, *Cromwell and the New Model Foreign Policy. England's Policy Toward France, 1649–1658*, Berkeley, Los Angeles, London 1975.

⁵ Nicht zuletzt diese Unsicherheit, aber auch die unzureichende finanzielle Ausstattung der Krone waren ausschlaggebend dafür, daß Karl II. 1662 das erst vier Jahre zuvor von Cromwell erworbene Dünkirchen

zumal zunächst die Generalstaaten als der bedrohlichere Rivale erscheinen mochten. Vor allem von seiten bestimmter Handelskompanien und aus der Flotte selbst kamen die Stimmen, die auf einen erneuten Seekrieg mit Holland drängten. *I never saw so great an appetite to a war as in both this town and country, especially in the parliament men*⁶, so schrieb der englische Monarch im Juni 1664 an seine Schwester am französischen Hof. Der dann ein Jahr später ausbrechende zweite englisch-holländische Krieg⁷ sollte jedoch entgegen den optimistischen Erwartungen keinen leichten Sieg über die gegnerische Flotte bringen, der dann in entsprechende wirtschaftliche Vorteile hätte umgemünzt werden können. Im Gegenteil, trotz anfänglicher Erfolge traf die englische Flotte auf zum Teil heftigen Widerstand der Holländer, und die durch den Krieg bedingte Beeinträchtigung der Handelskontakte zu anderen europäischen Ländern tat ein übriges, das ursprüngliche Kalkül zu durchkreuzen. Als dann im Juni 1667 die holländische Flotte ungehindert den Medway herauffahren konnte, vor Chatham erschien und den größten Teil der dort aufgelegten englischen Schiffe und der Werften zerstörte, war an eine erfolgreiche Fortsetzung des Krieges kaum mehr zu denken. Beide Seiten willigten schließlich im Friedensvertrag von Breda vom Juli 1667 in einen Kompromißfrieden ein, der die jeweiligen Eroberungen im kolonialen Bereich – insbesondere New York für England, bestimmte Küstenstreifen in Afrika und Surinam in Mittelamerika für die Generalstaaten – festschrieb, darüber hinaus aber die eigentlichen Konfliktstoffe vor allem in handelspolitischer Hinsicht nicht beilegte. Beschleunigt wurde dieser Friedensschluß noch dadurch, daß wenige Monate zuvor Ludwig XIV. aufgrund »devolutionärer« Ansprüche auf das Erbe Philipps IV. von Spanien in die Spanischen Niederlande einmarschiert war⁸ und dort in einem schnellen Vormarsch wichtige Festungen hatte einnehmen können. Dies ließ die beiden bisherigen Kriegsgegner nach einer Beilegung der Kampfhandlungen und einem politischen Bündnis suchen und dieses dann sogar wenig später durch den Beitritt eines weiteren Partners, des bisher mit Frankreich verbündeten Schweden, zur sog. Tripelallianz erweitern.

Allerdings bleibt festzuhalten, daß das Ziel dieses Dreierbündnisses von 1668 weniger ein konsequentes und weitsichtiges Eindämmen der französischen Machtansprüche und des Aufstiegs zur europäischen Hegemonialmacht war, wie dies aufgrund späterer Erfahrungen mit der Politik Ludwigs XIV. angezeigt erscheinen mochte. Die Absicht der beteiligten Parteien beim Abschluß der Tripelallianz war zuvorderst die Nötigung Spaniens, den französischen Forderungen entgegenzukommen, um so den Krieg zu einem raschen Ende kommen zu lassen. Erst wenn der französische Monarch dies ablehnen und den Kurs militärischer Eroberung fortsetzen würde, so war in einem geheimen Zusatzabkommen⁹ festgelegt, würden die Alliierten

für 5 Mill. *Livres tournois* an Ludwig XIV. verkaufte und damit einen in Zukunft vielleicht einmal wichtigen Stützpunkt auf dem Kontinent preisgab. Vgl. für Einzelheiten Keith FEILING, *British Foreign Policy 1660–1672*, London²1968, S. 58 ff.

⁶ Zitiert in Cyril Hughes HARTMANN, *The King My Brother*, London 1954, S. 95.

⁷ Vgl. für diesen Krieg insbesondere Charles WILSON, *Profit and Power. A Study of England and the Dutch Wars*, Den Haag, Boston, London²1978, S. 90 ff., sowie J. R. JONES, *Britain and the World 1649–1815*, London 1980, S. 71 ff.

⁸ Vgl. zum Devolutionskrieg Carl J. EKBERG, *The Failure of Louis XIV's Dutch War*, Chapel Hill 1979, S. 110 ff.

⁹ Erwähnt bei FEILING (wie Anm. 5), S. 255. Vgl. auch zur Vorgeschichte dieses Abkommens ib., S. 228 ff.

gemeinsam mit Spanien militärische Schritte unternehmen, um die Grenzen von 1659, also des Pyrenäenfriedens, wieder herzustellen. Diese eher ambivalente Reaktion auf den spektakulären Vormarsch der französischen Armee in Flandern und in der Franche Comté war im übrigen symptomatisch für die Haltung auch anderer europäischer Staaten auf den raschen Aufstieg des Frankreichs Ludwigs XIV. Diesem Schwanken zwischen Anlehnung an die neue Hegemonialmacht in der Hoffnung, hiermit den eigenen Interessen noch am ehesten dienen zu können, und der Koalitionsbildung mit dem Ziel, ein weiteres Vordringen französischer Truppen aufzuhalten und die europäische Machtbalance wiederherzustellen, sollte sich letztlich nur Wilhelm III. von Oranien entziehen, dem es schließlich gelang, eine Allianz gegen Ludwig zusammenzufügen, die dann in zwei verlustreichen Kriegen die französischen Heere schlugen und im Frieden von Utrecht ein neues europäisches Gleichgewicht etablieren sollte.

Auch im englischen Fall kam diese Ambivalenz zum Tragen, die fünfjährige Zeitspanne zwischen dem zweiten und dritten englisch-holländischen Seekrieg sah eine zweimalige Umkehrung der Bündnissysteme. Schon bald nach Abschluß der Tripelallianz und dem Frieden von Aachen (1668), mit dem sie ihr Ziel, nämlich den französischen Griff nach den Spanischen Niederlanden zu vereiteln, offenbar erreicht hatte, setzten Geheimverhandlungen zwischen Ludwig XIV. und Karl II. ein, die schließlich im Juni 1670 in ein gemeinsames Bündnis, besiegelt durch den Vertrag von Dover, münden sollten. Diese Reversion des Allianzsystems und das Bündnis mit der stärksten kontinentalen Macht, das den Traditionen englischer Außenpolitik deutlich widersprach, ist seit Bekanntwerden dieses Vertragstextes¹⁰ im Jahre 1830 immer wieder in den Mittelpunkt einer kritischen Auseinandersetzung mit der Politik Karls II. gestellt worden, wobei die Frage, ob dieses Bündnis mit Ludwig und seine innenpolitischen Begleitumstände im wohlverstandenen Interesse der Nation oder der Krone gelegen haben, unterschiedlich beantwortet worden ist. Während ältere Kritiker von Macauley bis Trevelyan¹¹ hierin den Versuch zur Imitation des absolutistischen Frankreich auch und gerade im innenpolitischen Kontext der englischen Politik und einen Anschlag auf die politischen Freiheiten der Nation gesehen haben, tendieren jüngere Biographen des dritten Stuart auf dem englischen Thron von Sir Arthur Bryant bis Maurice Ashley¹² eher zu einer positiveren Beurteilung dieses Vertragsabschlusses und der hinter ihm stehenden Motive, die sie in dem Versuch zur Stärkung der Position der Krone nach dem Vorbild anderer europäischer Staaten und in der Forcierung der überseeischen Expansion durch Ausschaltung des Handelskonkurrenten Holland erblicken. Deshalb erscheint es angebracht, im folgenden den Gang der Verhandlungen selbst und die Motive beider Partner zu umreißen, um so den Stellenwert dieses Vertrags in der englischen Politik der Restaurationszeit zu bestimmen.

10 Vgl. hierzu im einzelnen Cyril Hughes HARTMANN, *Charles and Madame*, London 1934, S. 310 und 312f.

11 So etwa MACAULEY in seiner »History of England«, 1848, und TREVELYAN in der »History of England, principally in the seventeenth century«, 1875. Vgl. generell hierzu den historiographischen Überblick bei HOWAT (wie Anm. 2), S. 129ff.

12 Arthur BRYANT, *King Charles II*, London 1931; Maurice ASHLEY, *Charles II. The Man and the Statesman*, London 1971. Ähnlich aber auch bei HARTMANN (wie Anm. 10) und OGG (wie Anm. 3).

Für den französischen Monarchen waren die Motive für diesen Kurs augenfällig: die Tripelallianz aufzubrechen, England als Faktor einer gegnerischen Koalition auszuschalten und somit die Möglichkeit zu eröffnen, in Zukunft die französische Herrschaft direkt, also durch territoriale Annexionen, oder indirekt bis zur Scheldemündung und darüber hinaus auszudehnen. Gleichzeitig sollte, falls sich dies als opportun erwies, durch Intervention in die inneren Auseinandersetzungen zwischen Parlament und Krone die außenpolitische Handlungsfähigkeit des Inselstaates geschwächt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wechselte Ludwig im August 1668, also wenige Monate nach Abschluß der Tripelallianz und des Friedens von Aachen seinen bisherigen Botschafter in London, Ruvigny, gegen Charles Colbert de Croissy aus, den Bruder seines Generalkontrollleurs der Finanzen und späteren Staatssekretärs, und unterstrich damit den hohen Rang, den er in Zukunft dem Verhältnis zu England beimaß. Bereits in den ersten Instruktionen an den neuen Botschafter machte der französische Monarch deutlich, daß das Ziel seiner Politik ein Bündnis mit England gegen die Generalstaaten sei und daß Croissys Aufgabe darin bestand *de rompre la formation de la Triple Alliance, et pour l'avenir d'en faire une très étroite avec le Roi de la Grande-Bretagne à l'exclusion des Hollandais*¹³.

Dennoch wurden die Verhandlungen, die dann in den Vertrag von Dover einmündeten, nicht über die jeweiligen Botschafter, also Colbert de Croissy und Ralph Montagu, seit Februar 1669 englischer diplomatischer Vertreter am französischen Hof, im Verein mit den für die Außenpolitik zuständigen Staatssekretären geführt, sondern sie liefen – zumindest in der Anfangsphase – im wesentlichen über die Schwester Karls II., Henrietta, die mit einem Bruder Ludwigs XIV. verheiratet war und somit nach außen hin ganz unverfänglich als Mittlerin zwischen beiden Monarchen dienen konnte. Bereits im Dezember 1668, noch ganz am Beginn dieser Geheimverhandlungen, teilte Karl seiner Schwester mit, daß er ihr eine Chiffre senden werde, damit sie in Zukunft verschlüsselte politische Botschaften austauschen und somit die Gefahr einer Indiskretion oder einer Aufdeckung der beiderseitigen Kontakte umgehen konnten¹⁴.

Die Tatsache, daß der englische Monarch es für notwendig erachtete, die normalen diplomatischen Wege nicht zu beschreiten und seine Bündnisgespräche¹⁵ mit seinem französischen Vetter über seine Schwester bzw. einen kleinen Kreis von Eingeweihten laufen zu lassen, lag vor allem darin begründet, daß dieser Allianzwechsel, nämlich die heimliche Vorbereitung eines gemeinsamen englisch-französischen Krieges gegen die Generalstaaten unter dem Mantel der Tripelallianz, die ja dem Schutz eben dieser Generalstaaten gegen einen französischen Angriff dienen sollte, in Öffentlichkeit und Parlament auf deutliche Vorbehalte stoßen würde, ja, selbst unter den königlichen Ministern und Ratgebern nicht einheitlich positiv beurteilt wurde. Nachdem bereits der Koalitionswechsel von 1668, also die Beendigung des zweiten englisch-holländischen Seekriegs und der Abschluß eines politischen Bündnisses beider Parteien im

13 Die Instruktion vom 2. August 1668 ist abgedruckt in J. J. JUSSELAND (Hg.), *Recueil des instructions données aux ambassadeurs de France*, Bd. 25 (Angleterre, Bd. 2), Paris 1929, S. 54ff., hier S. 60f.

14 Abgedruckt bei HARTMANN (wie Anm. 10), S. 227.

15 Vgl. auch neben der ausführlichen Darstellung bei HARTMANN die Zusammenfassung der entsprechenden Verhandlungen bei OGG (wie Anm. 3), S. 332, sowie bei Maurice LEE, Jr., *The Cabal*, Urbana 1965, S. 101ff.

Frieden von Breda, zur Entlassung des bisherigen Lordkanzlers, Clarendon, und zu weiteren Ministerwechseln geführt hatte, galt nun insbesondere der neue Staatssekretär, Arlington¹⁶, als Exponent einer proholländischen, antifranzösischen Ausrichtung der englischen Politik. Zwar wurde die Außenpolitik allgemein der königlichen Prerogative zugemessen, der Monarch war also Parlament und Öffentlichkeit hierüber keine Rechenschaft schuldig; dennoch konnte sie, wenn sie direkt oder indirekt innenpolitisch sensitive Fragen tangierte oder – im Falle eines Krieges – die Bewilligung von Geldern für die Ausrüstung von Armee und Flotte notwendig machte, durchaus ein konflikträchtiger Streitpunkt werden.

Ausgangspunkt auf englischer Seite für die Knüpfung von Kontakten zu Ludwig XIV. war die Intention gewesen, hierdurch zwei Fragen zum Vorteil des eigenen Landes regeln zu können, die gegenwärtig die Beziehungen deutlich belasteten. Dies war zunächst einmal die Erwartung, durch einen Handelsvertrag zwischen beiden Parteien die jüngst verstärkten französischen Importbarrieren für ausländische Produkte hinsichtlich der eigenen Erzeugnisse wieder zu lockern und damit die Position englischer Waren auf dem französischen Markt, die unter Colberts Handelspolitik deutlich gelitten hatte, wieder zu verbessern. Wie Karl seiner Schwester am französischen Hof Anfang September 1668, also in einem sehr frühen Stadium der Kontakte, schrieb, war in seinen Augen das wesentlichste Hindernis für die angestrebte Annäherung zwischen beiden Staaten *the great application there is at this time in France to establish trade and to be very considerable at sea, which is so jealous a point to us here who can be only considerable by our trade and power by sea, as any steps that France makes that way must continue a jealousy between the two nations which will upon all occasions be a great hindrance to an entire friendship*¹⁷.

Das zweite Anliegen des englischen Monarchen war in diesen Äußerungen schon angeklungen, nämlich Ludwig auf eine Begrenzung seiner Flottenstärke festzulegen. Die französische Flotte¹⁸ war in den 1660er Jahren beständig gewachsen und hatte durch ihre neuen Stützpunkte in Brest und Rochefort sowie in Toulon ihren Anspruch auf Teilhabe am Überseehandel unterstrichen. Der hohe technische Standard der Werften und der Schiffe selbst ließ sie zu einer ernsthaften kommerziellen und militärischen Bedrohung für die englische wie auch für die holländische Flotte werden, auch wenn sie an Zahl ihren beiden Rivalen (noch) unterlegen war und es Offizieren und Mannschaft an Übung und Erfahrung fehlte. Dennoch mußte der spektakuläre Ausbau der französischen Seemacht in den vergangenen Jahren, verbunden mit einer analogen Verstärkung und Modernisierung der Landstreitkräfte, für den Inselstaat als eine derartige Herausforderung seiner eigenen politischen und handelspolitischen Position erscheinen, daß der britische Monarch sich genötigt fühlte, sein Eingehen auf die Bündnisofferte seines französischen Veters von einer Begrenzung von dessen Flottenbauprogramm abhängig zu machen.

In beiden Fällen konnte er sein Ziel jedoch nicht verwirklichen. Hinsichtlich des angestrebten Handelsvertrags weigerte sich Ludwig beharrlich, den Forderungen¹⁹ auf Gleichbehandlung englischer Kaufleute mit Einheimischen auf dem französischen

16 Vgl. zu Arlington im einzelnen LEE (wie Anm. 15), S. 70ff.

17 Brief vom 2. September 1668, zitiert nach HARTMANN (wie Anm. 10), S. 223.

18 Vgl. hierzu die Ausführungen bei JONES, Britain (wie Anm. 7), S. 119ff.

19 Vgl. HARTMANN (wie Anm. 10), S. 225, 231, 277ff., sowie LEE (wie Anm. 15), S. 89, 105f.

Markt, auf Rücknahme der 1667 verfügten Zollerhöhungen und auf eine Senkung der Frachtraten zuzustimmen, zumal die englische Seite keine analogen Konzessionen für ihren Bereich in Aussicht stellte. Angesichts dieser Hinhaltenaktik mußte Karl sich schließlich damit zufriedengeben, daß in den zukünftigen Bündnisvertrag lediglich die Absicht aufgenommen wurde, demnächst ein bilaterales Handelsabkommen abzuschließen. Damit war die französische Seite jeder konkreten Verpflichtung ausgewichen, und auch nach 1670 ist dieser Vertragspunkt dann nicht erfüllt worden.

Kaum mehr Erfolg hatte der englische Monarch mit seinem zweiten Anliegen, nämlich Ludwig XIV. zu einer Begrenzung der französischen Flottenstärke zu bewegen. Auch hier zeigte dieser sich allenfalls bereit²⁰, den Bau neuer Schiffe für ein Jahr auszusetzen, um so den Forderungen der Gegenseite wenigstens teilweise entgegenzukommen. Dies entsprach jedoch in keiner Hinsicht den englischen Wünschen, und noch vor Vertragsabschluß entließ Karl seinen französischen Vetter von der Zusage eines solchen befristeten Baustopps, um sich – wie er dann formulierte – mit dessen Aufrichtigkeit und Großmut als bester Sicherheit für die eigenen Belange²¹ zufriedenzugeben. Damit war auch dieser für den Inselstaat wesentliche Punkt fallengelassen worden, ohne daß sein Gegenpart analoge Abstriche von seinen Forderungen hätte machen müssen.

Eine dritte Forderung Karls wurde dann aber im Vertrag von Dover festgeschrieben, obwohl auch hier Ludwig sich zunächst eher reserviert gezeigt hatte. Dies war der Vorsatz, parallel zum Bündnis mit Frankreich zum katholischen Glauben²² überzutreten. Hierfür sollte ihm sein französischer Vetter, der als Allerchristlichster König ein solches Vorhaben eigentlich nur begrüßen konnte, eine beträchtliche Summe, nämlich £ 200 000 zahlen und sich zudem verpflichten, ihm im Falle innerer Unruhen oder Aufstände als Folge seiner Konversion weiteres Geld oder auch Truppen zur Verfügung zu stellen. Dieses ungewöhnliche und einem militärischen Bündnis auch wesensfremde Projekt des englischen Monarchen, auf dessen Motive noch zurückzukommen sein wird, stieß dann in der Tat auf erhebliche Vorbehalte bei Ludwig selbst, der einen solchen Schritt für äußerst riskant hielt und seinen englischen Vetter zur Abkehr von diesem Vorhaben zu bewegen suchte oder doch zumindest zu einem Aufschub bis nach dem erfolgreichen Ende des geplanten englisch-französischen Krieges gegen den Handelsrivalen Holland.

Dennoch bestand Karl in diesem Fall auf seinem Entschluß, so daß die Gegenseite diese Klausel schließlich akzeptierte – vermutlich nicht ohne Seitenblick auf die Möglichkeiten, die dieses Konversionsprojekt einmal zur Intervention in die Innenpolitik des Inselstaates bieten mochte. Hinsichtlich der finanziellen Gegenleistung mußte der englische Monarch sich schließlich mit der Zusage von £ 150 000 (und eventuell militärischer Hilfe) zufriedengeben, erhielt jedoch freie Hand bei der Bestimmung des Zeitpunkts seines Übertritts zum katholischen Glauben. Allerdings sollte er – wie dies dann im Vertragstext auch festgeschrieben wurde – noch vor der

20 Vgl. HARTMANN (wie Anm. 10), S. 264 ff.

21 *Ib.*, S. 269.

22 Erstmals Anfang 1669 erwähnt, vgl. *ib.*, S. 233. Feiling weist jedoch darauf hin, daß dieses Projekt möglicherweise schon einige Monate zuvor erörtert worden ist. Vgl. Keith G. FEILING, Henrietta Stuart, Duchess of Orleans, and the Origins of the Treaty of Dover, in: *English Historical Review* 47 (1932), S. 642–645.

Kriegserklärung an Holland liegen, d. h. die englische Seite konnte gegebenenfalls den Zeitpunkt des Kriegsausbruchs hinausschieben und damit in gewissem Umfang selbst bestimmen.

Nachdem die brisantesten Punkte ausgeräumt waren, konnte hinsichtlich des konkreten Bündnisziels relativ schnell eine Einigung erreicht werden. Die wichtigste Klammer zwischen den künftigen Vertragspartnern war der Vorsatz, einen kombinierten Land- und Seekrieg gegen die Niederlande zu führen, wobei eigene Truppen bzw. Flottenteile jeweils unter der militärischen Leitung des anderen mitkämpfen würden. Als Kriegsziel hatte hierbei die englische Seite zum einen den Erwerb von Walcheren, Sluis und Kadsand ins Auge gefaßt, strategisch wichtige Gebiete, die die Scheldemündung kontrollierten, zum anderen die Überlassung von Handelsstützpunkten im spanischen Kolonialreich, insbesondere in Mittel- und Südamerika, ein Projekt, das dann angesichts der Probleme seiner Realisierung bald wieder fallengelassen wurde. Demgegenüber wurden die zukünftigen französischen Annexionen nicht spezifiziert, also auch nicht begrenzt – ein deutliches Zeichen der englischen Juniorpartnerschaft. Allerdings sollte sich Ludwig verpflichten, den im Frieden von Aachen fixierten territorialen Status quo zu wahren und etwaige Gebietsteile, die ihm aus dem spanischen Erbe zufallen würden, nur mit Zustimmung des englischen Monarchen zu übernehmen, sollte dann für die Sicherung seiner Ansprüche aber auch auf dessen Unterstützung zählen können.

Hinsichtlich der besiegten Generalstaaten beabsichtigten beide Teile aber nicht nur territoriale Amputationen, die die Stellung des Landes im europäischen Mächtekonzept sowie als Handelsmacht deutlich schwächen würde, sie wollten auch dafür Sorge tragen, daß – wie es später im Vertrag von Dover hieß – Wilhelm III. von Oranien, ein Neffe Karls II., *might find his advantage in the continuation and end of the war*²³, eine Anspielung auf die Absicht, den Niederlanden eine Abkehr von der republikanischen Staatsform aufzuzwingen und den jungen Oranier, während seiner Minderjährigkeit von der Statthalterschaft verdrängt, zum (erblichen) Fürsten einzusetzen, wobei dieser zur Aufrechterhaltung seiner Stellung der weiteren Stützung durch England und Frankreich bedurft hätte. Dies hätte das Land mit seiner geostrategisch wichtigen Lage im Nordwesten des Kontinents in dauernde Abhängigkeit von seinen ehemaligen Kriegsgegnern gebracht.

Die Einzelheiten über die geplanten militärischen Operationen wurden in den Geheimverhandlungen zwischen beiden Monarchen relativ genau festgelegt. Das Hauptgewicht der Operationen zu Lande würde der französische König tragen und sein englischer Vetter ihm nur 6000 Mann zur Verfügung stellen, die unter französischem Kommando am Krieg gegen Holland teilnehmen würden. Demgegenüber sollte England die Hauptlast des Seekrieges tragen, unterstützt von einem französischen Flottengeschwader, das aber ebenfalls dem englischen Oberkommando unterstellt sein würde. Um Karl die Ausführung der hiermit übernommenen Verpflichtungen zu ermöglichen, willigte Ludwig ein, ihm französische Hilfsgelder zur Aufstokkung und Ausrüstung seiner Flotte zur Verfügung zu stellen, eine Lastenteilung, die – wie bereits die für beide Teile anvisierten territorialen Kriegsziele – die englische Juniorrolle in diesem Bündnis unterstrich. Allerdings weigerte er sich entschieden,

23 Artikel 7 des Vertrags von Dover, zitiert nach HOWAT (wie Anm. 2), S. 171.

der ursprünglich geforderten Summe von £ 800 000 pro Jahr zuzustimmen, so daß sich der englische Monarch schließlich mit £ 250 000 pro Jahr (und zusätzlich £ 150 000 für seinen Übertritt zum katholischen Glauben)²⁴ zufriedengeben mußte, einer Summe im übrigen, die nach seinen Angaben die Aufwendungen für die Ausrüstung der Flotte in der verabredeten Stärke nicht decken würde.

Diese Vertragspunkte waren in mehr als eineinhalbjährigen Geheimverhandlungen vereinbart worden, wobei insbesondere Karls Schwester am französischen Hof die Aufgabe des Bindeglieds und Vermittlers zwischen beiden Monarchen übernommen hatte; erst zu einem relativ späten Zeitpunkt hatte man auch Colbert de Croissy²⁵ in diese Beratungen mit einbezogen. Auch auf englischer Seite waren – mit Blick auf die hohe Brisanz der vereinbarten Punkte, insbesondere des Konversionsprojekts – nur wenige Berater Karls eingeweiht und zugezogen²⁶ worden: Jakob, Herzog von York und Thronerbe, im übrigen einer der eifrigsten Befürworter der Option für Frankreich; zwei der führenden Minister, nämlich Thomas Clifford und Staatssekretär Arlington; und schließlich ein katholischer Peer, Lord Arundell of Wardour, der durch seine Position als Oberstallmeister der (größtenteils am französischen Hof lebenden) Königinmutter besonders gut als unverfänglicher Sendbote Karls an seine Schwester und an Ludwig selbst geeignet war.

Schließlich fixierten beide Teile ihre bisherigen Gesprächsergebnisse in einem Vertrag, der anlässlich einer Zusammenkunft Karls mit seiner Schwester in Dover Ende Mai 1670 endgültig fertiggestellt²⁷ und am 4./14. Juni 1670 dann von beiden Monarchen ratifiziert wurde. Um aber noch andere Minister und Funktionsträger bei Hofe in diesen Bündniswechsel und die Vorbereitung eines gemeinsamen Krieges gegen die Generalstaaten einbinden zu können, wurde schließlich noch ein zweiter, ebenfalls geheimer, Vertrag zwischen beiden Teilen ausgehandelt²⁸, der sog. *Traité simulé* vom 21./31. Dezember 1670. In ihm waren die Klauseln hinsichtlich des Übertritts Karls zum katholischen Glauben ausgespart, die hierfür von Ludwig zugesagten Zahlungen als Teil der französischen Hilfgelder ausgewiesen und der Beginn des kombinierten Land-See-Krieges gegen Holland auf das Frühjahr 1672 festgelegt. Darüber hinaus aber war er mit dem Vertrag von Dover nahezu identisch.

Mit diesem Geheimabkommen mit Ludwig XIV. hatte der englische Monarch eine außenpolitische Option vollzogen, die nicht ohne Risiko war. Zwar waren derartige abrupte und schnelle Koalitionswechsel in dieser Zeit nicht eben selten, doch bedeutete das Zusammengehen mit dem sich politisch wie militärisch zur stärksten Macht des Kontinents aufschwingenden Frankreich einen Bruch mit den bisher die englische Außenpolitik bestimmenden Prinzipien, zumal der Inhalt der beiderseitigen Abmachungen sich auf die für die Sicherheit des Inselstaates so sensitiven Gebiete jenseits des Ärmelkanals und der Nordsee bezogen. Auch waren die Absprachen zwischen beiden Monarchen keineswegs geeignet, England eine gewisse Kontrolle

24 Die Zahlen werden in der Literatur nicht einheitlich angegeben; die im Vertrag von Dover enthaltene Summe der Hilfgelder war 3 Mill. *Livres tournois* jährlich und 2 Mill. *Livres tournois* für die Konversion.

25 Vgl. HARTMANN (wie Anm. 10), S. 283.

26 Vgl. *ib.*, S. 233, 235.

27 Vgl. *ib.*, S. 310ff.

28 Vgl. *ib.*, S. 337, sowie LEE (wie Anm. 15), S. 112f.

und Eingrenzung der französischen territorialen Gewinne zu ermöglichen, vielmehr war es in diesem Bündnis eindeutig der Juniorpartner, der von seinem mächtigeren Gegenüber gegebenenfalls übergangen und übervorteilt werden würde.

Aber selbst wenn in den Augen Karls die Vorteile eines derartigen Zusammengehens mit seinem französischen Vetter gegen den gemeinsamen Handelsrivalen Holland auch überwiegen mochten, so bot die Verknüpfung der Abmachungen mit einer der kontroversesten innenpolitischen Fragen, nämlich der religiös-kirchlichen Ordnung, einen zusätzlichen Angriffspunkt, der in Parlament und Öffentlichkeit in künftigen politischen Auseinandersetzungen zum Nachteil des dritten Stuart und der Stellung der Krone benutzt werden konnte und der selbst Ludwig XIV. die Möglichkeit gab, seinen englischen Vetter durch Zusammenspiel mit diesen Kreisen innenpolitisch zu lähmen und außenpolitisch aktionsunfähig zu machen.

Die Motive Karls für die Zusicherung seines Übertritts zum katholischen Glauben, die ja auf ausdrücklichen englischen Wunsch in den Vertrag von Dover aufgenommen worden war, sind in der historischen Forschung heftig umstritten. Insbesondere die Verbindung von Religionswechsel und finanziellen Zuwendungen seitens des französischen Hofes haben ihm schon früh den Vorwurf eingetragen, »popery and arbitrary rule«²⁹ in England Vorschub zu leisten, also die Stellung der Staatskirche anzutasten, die überkommenen (Steuerbewilligungs-)Rechte des Parlaments zu mißachten und ein am französischen Modell orientiertes, absolutistisches Königtum errichten zu wollen. Damit setzte diese »Whig«-Interpretation³⁰ der Restaurationszeit und insbesondere der Geheimdiplomatie des dritten Stuart auf dem englischen Thron innenpolitischen Kurs und außenpolitische Option in ein enges Beziehungsverhältnis und beschuldigte ihn, mit seiner in Dover initiierten Politik bewußt die Hilfe und Unterstützung des französischen Monarchen gesucht zu haben, um die Auseinandersetzung um die jeweiligen Rechte von Parlament und Krone zu seinen Gunsten zu entscheiden.

Allerdings dürfte der Vorwurf, durch finanzielle Zuwendungen seitens der französischen Krone das Steuerbewilligungsrecht des Parlaments aushöhlen und damit seine Handlungsfreiheit auf Kosten der gewählten Volksvertretung erweitern zu wollen, kaum die eigentlichen Beweggründe des englischen Monarchen beim Abschluß des Vertrags von Dover getroffen haben. Die von Ludwig zugesagten Zahlungen – die zudem dann später nicht in voller Höhe geleistet wurden – reichten bei weitem nicht aus, den König bei der Bestreitung der der Krone zufallenden Aufgaben unabhängig vom Parlament zu machen. Allenfalls waren sie ein zusätzlicher Aktivposten, der die chronisch schlechte finanzielle Position der Stuarts aufbessern würde.

Auch der Vermutung, sein Konversionsprojekt sei religiöser Überzeugung entsprungen, verbunden gar mit der Absicht einer Rekatholisierung Englands, stehen gewichtige Einwände gegenüber. Gewiß, Karls Übertritt zum katholischen Glauben auf dem Sterbebett oder auch die doch offensichtlich mit seiner Billigung erfolgte Konversion seines Bruders und Thronfolgers, Jakob, gegen Ende der 1660er Jahre könnten darauf hindeuten, daß er persönlich der katholischen Kirche nahestand, doch war seine Religionspolitik während seiner Regierungszeit so vielen Kurswechseln

29 So bereits bei MACAULEY und TREVELYAN, vgl. Anm. 11.

30 So HOWAT (wie Anm. 2), S. 130.

unterworfen und so offenkundig jeweils der politischen Situation angepaßt, daß konfessionelle Motive für die in Frage stehenden Artikel des Vertrags von Dover wohl ausscheiden.

Insgesamt tendierte Karl II. hinsichtlich der religiös-kirchlichen Ordnung³¹ eher zur Lockerung der strikten Trennung zwischen Anglikanern auf der einen und Nonkonformisten und Katholiken auf der anderen Seite, um somit auch letzteren den Weg zur Teilnahme am politischen Leben und zur Übernahme öffentlicher Ämter zu ebnen. Dies hatte – neben möglichen Toleranzmotiven – den Vorteil, daß es der Krone eine neue Anhängerschaft von großer Loyalität und Dankbarkeit erschließen und damit nicht zuletzt die Mehrheitsverhältnisse im Unterhaus für den Hof günstiger gestalten konnte.

Wenn also die bisherigen Erklärungsmodelle für die Aufnahme des Konversionsprojekts in den Vertrag von Dover wenig überzeugend scheinen, so ist am einleuchtendsten noch die Deutung, die Ankündigung Karls, zum katholischen Glauben überzutreten, sei zum wesentlichen Teil taktisch bestimmt gewesen³², also seine Verhandlungsposition gegenüber einem deutlich stärkeren Partner aufzuwerten und diesen zu verpflichten, im Falle innerer Unruhen oder gar eines erneuten Bürgerkriegs in England dem bedrängten Monarchen zu Hilfe zu kommen. Der Appell an die monarchische Solidarität und an die Stellung des französischen Königs als *rex christianissimus* konnten ein Mittel sein, die französische Politik an die soeben vereinbarten Vorhaben zu binden und Ludwig von einem neuerlichen Bündniswechsel zu Lasten seines englischen Partners abzuhalten. Gerade die zukünftige Verbundenheit beider Monarchen im katholischen Glauben gab dem beabsichtigten Krieg gegen die (protestantischen) Generalstaaten eine ideologisch-gegenreformatorische Komponente, die den englischen wie den französischen Vertragspartner auf die Erfüllung der gegebenen Versprechen festlegen und sie zu gegenseitiger Hilfe auch im Falle innenpolitischer Widerstände gegen den vereinbarten Kurs verpflichten würde.

Wenn auch der Vorwurf, der dritte Stuart habe mit dem Vertrag von Dover »popery and arbitrary rule« in England einführen wollen, in seiner ursprünglichen Bedeutung nicht haltbar ist, so ist die Vermutung, Karl II. habe mit der hier verabredeten Politik eine Stärkung der Krone oder gar eine Imitation des absolutistischen Frankreich angestrebt, in anderer Hinsicht durchaus nicht von der Hand zu weisen. Dies bezieht sich auf die Parallelität des französischen Bündnisses mit administrativen und fiskalischen Reformen in England selbst, die dazu dienen sollten, den politischen Spielraum der Krone zu erweitern. Verbunden sind diese Reformen mit den Namen einer Gruppe von Ministern und Ratgebern, die nach der Entlassung Clarendons den innersten politischen Zirkel bei Hofe bildeten und deren doppelsinniger Beiname, »Cabal«, die Anfangsbuchstaben ihrer Namen – Clifford, Arlington, Buckingham, Ashley und Lauderdale – wiedergab³³. Wenn sie auch kein politisch gleichgesinntes und homogenes »Ministerium« waren, so haben sie doch die englische Politik in den Jahren zwischen dem zweiten und dem dritten englisch-holländischen Krieg entscheidend geprägt.

Das im vorliegenden Zusammenhang wichtigste Mitglied der »Cabal« war ohne

31 Vgl. zur Haltung Karls gegenüber religiösen Fragen die Ausführungen bei LEE (wie Anm. 15), S. 10f.

32 So die überzeugende Interpretation bei JONES, *Country* (wie Anm. 3), S. 170f.

33 Vgl. zu den einzelnen Politikern die Ausführungen bei LEE (wie Anm. 15), *passim*.

Zweifel Thomas Clifford³⁴, der bereits 1667 zu einem der fünf Treasury Commissioners ernannt worden war und zusammen mit George Downing, im gleichen Jahr der Schatzamtskommission als Sekretär beigegeben, in der Folgezeit wichtige Reformen zur Verbesserung der finanziellen Position der Krone initiieren sollte. Deren finanzielle Ausstattung nach der Restauration³⁵ war nicht eben üppig gewesen und litt zudem darunter, daß die drei wichtigsten Arten der der Krone zustehenden Einkünfte, nämlich Zölle, Akzise und Herdsteuer, im allgemeinen nicht direkt eingezogen, sondern deren Eintreibung meist Steuerpächtern überlassen wurde mit dem Ergebnis eines geringeren Aufkommens für die Krone selbst, als dies ohne eine solche Zwischenschaltung möglich gewesen wäre. Dieses System wurde nun unter den neuen Schatzkommissaren ebenso aufgegeben wie die bisher eher laxe Handhabung der direkten Besteuerung, deren Ertrag ebenfalls verbessert wurde. Zudem versuchten die neuen Kommissare, eine striktere Kontrolle über die Ausgaben des Hofes zu erreichen und die einzelnen Ämter zu finanzieller Disziplin anzuhalten.

Nicht weniger wichtig waren schließlich die Reformen hinsichtlich der Erhöhung der Bonität der Krone durch die Schaffung eines Kreditsystems mit besseren Sicherheiten für die Gläubigerseite, mit dessen Hilfe die bisherige enge Bindung an einen bestimmten Kreis von Bankiers/Goldschmieden durchbrochen und der Krone neue potentielle Geldgeber erschlossen werden sollten. Ohne in Einzelheiten³⁶ zu gehen, bleibt doch festzuhalten, daß sie einen ersten Schritt hin zur englischen »Finanzrevolution« bildeten, die in den kommenden Jahrzehnten die Leistungsfähigkeit und auch außenpolitische Durchhaltekraft des Landes in den Kriegen gegen Ludwig XIV. wesentlich erhöhen sollte.

Insgesamt waren diese Maßnahmen dazu angetan, die finanzielle Situation der Krone zu verbessern und damit auch ihren politischen Spielraum zu erweitern. Bei diesen Neuerungen orientierte sich Clifford zum Teil am holländischen Beispiel, wo – wie es schien – das effizientere Finanzsystem der Generalstaaten die Durchhaltekraft des Landes im zweiten englisch-holländischen Krieg gestützt und so dazu beigetragen hatte, daß das englische Kalkül eines schnellen Sieges über den Handelsrivalen nicht aufgegangen war. Bereits in diesem Krieg hatte der spätere Treasury Commissioner sich als unermüdlicher Befürworter einer Politik³⁷ erwiesen, die einerseits das holländische Wirtschafts- und Handelssystem imitieren, andererseits durch eine militärische Auseinandersetzung den unliebsamen kommerziellen Rivalen ausschalten und ihn so als führende Handelsmacht beerben wollte. Hierin sah er sich im übrigen einig mit dem langjährigen englischen Botschafter im Haag, Downing, der

34 Vgl. zu Clifford neben LEE, S. 119ff., auch Cyril Hughes HARTMANN, Clifford of the Cabal, London 1937, passim, insbesondere S. 122ff., 213ff., 246ff.

35 Vgl. hierzu und zum folgenden insbesondere Howard TOMLINSON, Financial and Administrative Developments in England 1660–1688, in: J. R. JONES (Hg.), The Restored Monarchy 1660–1688, London 1979, S. 94–117, sowie JONES (wie Anm. 3), S. 45ff. und 164.

36 Vgl. TOMLINSON (wie Anm. 35), S. 103ff. Dort spricht er sogar davon, daß die wichtigsten Grundzüge der »Financial Revolution« der 1690er Jahre bereits vor 1688 in die Wege geleitet worden und nicht die Kriege gegen Ludwig XIV., sondern die englisch-holländischen Seekriege das auslösende Moment für diesen Vorgang gewesen seien. Vgl. zum Begriff der Finanzrevolution P. M. G. DICKSON, The Financial Revolution in England. A Study in the Development of Public Credit 1688–1756, London 1967.

37 Vgl. hierzu und zum folgenden WILSON (wie Anm. 7), S. 122f., HARTMANN, Clifford, (wie Anm. 34), S. 131ff., sowie JONES, Britain, (wie Anm. 7), S. 74ff., 100ff.

dann in seiner Eigenschaft als Sekretär der Schatzamtskommission seine intime Kenntnis des holländischen Vorbilds für die entsprechenden Reformvorhaben auf englischer Seite fruchtbar machen konnte.

Die Vorteile einer derartigen Straffung des administrativen und fiskalischen Systems konnten aber mittlerweile auch am französischen Beispiel abgelesen werden, lief doch hier die Reorganisation und Konzentration von Verwaltung und Steuersystem mit der Stärkung der politischen Position der Krone parallel. Zudem bot der gegenwärtige Verbündete jenseits des Ärmelkanals auch hinsichtlich der gezielten Wirtschaftsförderung³⁸ und der sie begleitenden Außenhandelspolitik, die auf hohe Zollschränken, selektive Einfuhrverbote und Hafengebühren für ausländische Schiffe setzte, ein beachtenswertes Beispiel, wie durch Initiative der Krone ein »moderner« zentralistischer Verwaltungsstaat mit einem zukunftsweisenden merkantilistischen Wirtschaftssystem geschaffen werden konnte.

In diesem Sinne konnte das Bündnis mit dem absolutistischen Frankreich als vorteilhaft für die englische Seite angesehen werden. Das Interesse beider Allianzpartner mußte es sein, den holländischen Rivalen auszuschalten, dessen Anteil am Welthandelsvolumen selbst zu übernehmen und die so gewonnenen Vorteile schließlich durch einen Handelsvertrag gegenseitig abzusichern. Hierbei baute der englische Teil offenbar darauf, den eigenen Vorsprung gegenüber dem neuen wirtschaftlichen Konkurrenten Frankreich wahren und ausbauen zu können. Im Zusammenhang dieses Kalküls mochte der Machtzuwachs für den Staat Ludwigs XIV., der sich aus dem verabredeten Krieg gegen die Generalstaaten ergeben konnte, nicht als bedrohlich für die eigene Position angesehen werden.

Dennoch war die heimliche Vorbereitung eines gemeinsamen englisch-französischen Krieges gegen die Niederlande unter dem Mantel der Tripelallianz, die ja dem Schutz dieses Staates vor einem französischen Angriff dienen sollte, insgesamt ein risikoreiches Unterfangen. Wenn auch derartige Entscheidungen der königlichen Prerogative zugemessen wurden und das Parlament keinen Anteil hieran hatte, so mußte dieser Koalitionswechsel doch die Möglichkeit erschweren, im Falle einer längeren Kriegsdauer oder gar eines militärischen Fehlschlags das Unterhaus zur Bewilligung weiterer finanzieller Mittel zur Bestreitung der Kriegsausgaben und zur Erhöhung der Schlagkraft der Flotte zu bewegen. Falls das Kalkül eines schnellen und spektakulären Sieges nicht aufgehen würde, beeinträchtigte dies zwangsläufig die Position des Monarchen gegenüber Parlament und Öffentlichkeit. Dies galt um so mehr, als die Begleitumstände dieses Bündnisses – die Stärkung der Position der Krone nach französischem Vorbild und der im Vertrag von Dover zugesagte Übertritt zum katholischen Glauben – die sensitivsten innenpolitischen Streitfragen der Vergangenheit tangierten. Gerade das Konversionsprojekt und die damit verbundene finanzielle Dotation mußte zu einer lautstarken Empörung führen, wenn sie bekannt wurden oder die Existenz entsprechender Verabredungen vermutet werden konnte.

Die Monate vor Kriegsbeginn waren dann durch zwei Ereignisse geprägt, die einen Erfolg des politischen Kurses der Krone geradezu unabdingbar machten. Am

38 Vgl. zum französischen Beispiel Klaus MALETTKE, Jean-Baptiste Colbert. Aufstieg im Dienste des Königs, Göttingen, 1977, S. 52 ff.

2. Januar 1672 veranlaßte sie den sog. »Stop of the Exchequer«³⁹, durch den das Schatzamt die Bedienung aller Schatzanweisungen oder fälligen Wechsel für zwölf Monate aufschieben konnte. Damit wurden die königlichen Einkünfte, die eigentlich bereits für diesen Zweck fest gebunden waren, für eine andere Verwendung frei – eben für den dann zwei Monate später beginnenden Krieg gegen die Generalstaaten. Das Ergebnis dieses spektakulären Schrittes war aber nicht nur ein kurzfristiger finanzieller Vorteil für das Staatssäckel, sondern eine deutliche Brüskierung der Finanzkreise der Hauptstadt, die bisher den Bedarf der Krone durch entsprechende Anleihen im wesentlichen gedeckt hatten und deren Ansprüche nun für ein Jahr ruhen sollten. Wenn jedenfalls ein schneller Sieg über Holland, verbunden mit einem entsprechenden Handelsaufschwung und daraus resultierenden höheren Einnahmen der Krone, sich nicht einstellen würde, so stand zu erwarten, daß die Londoner Bankiers kaum bereit sein würden, nun mit neuen Krediten in die Bresche zu springen. In diesem Falle blieb der Krone allein der Weg zum Parlament, das dann aber für die Bewilligung neuer Gelder eventuell einen politischen Preis verlangen würde.

Noch problematischer im Falle eines ungünstigen Kriegsverlaufs war die Indulgenzerklärung⁴⁰, die Karl II. am 15. März 1672 erließ und die durch königliche Prärogative alle Strafgesetze gegen Nonkonformisten und Katholiken aussetzte. Dies war ein riskanter Schritt, war doch bereits seine erste Indulgenzerklärung 1662 auf erheblichen Widerstand gestoßen, so daß er sie wenige Monate später wieder zurückgezogen hatte. Umstritten war insbesondere die Frage, ob das Recht zu einem solchen Strafdispens unter die königliche Prärogative fiel. Karl hatte sich dies durch ein Gutachten seiner politischen Berater noch einmal bestätigen lassen, doch mußte die Indulgenzerklärung unweigerlich zu einer Kraftprobe mit dem Parlament führen.

Die Gründe für diesen Schritt drei Wochen vor Kriegsbeginn sind nicht leicht auszumachen. Ohne Zweifel entsprach diese Lockerung des strikten Anglikanismus und der Vorrangstellung der Staatskirche, die einen Teil der Gesellschaft wesentlicher Rechte entkleidete, den religionspolitischen Vorstellungen des dritten Stuart auf dem englischen Thron. Zudem war dieser Strafdispens, der ja den Betroffenen auch den Weg ins Parlament und in öffentliche Ämter öffnete, geeignet, die Anhängerschaft der Krone in der Bevölkerung zu vergrößern, und zwar zu einem Zeitpunkt, in dem angesichts des Bündnisses mit dem katholischen Frankreich alte Loyalitäten brüchig zu werden drohten. Nicht zuletzt konnte das Beispiel Frankreichs (vor der Revokation des Edikts von Nantes 1685) und der Niederlande⁴¹ zeigen, daß die Einbindung verschiedener religiöser Gruppen in das politische und wirtschaftliche Leben die ökonomische Prosperität des Landes fördern und damit dem gesamten Gemeinwesen zugutekommen würde. Gerade letzteres fügte sich gut in die wirtschaftspolitische Linie der Krone ein, die ja auf eine solche Entwicklung als Folge des Sieges über Holland setzte.

39 Vgl. hierzu HARTMANN, Clifford (wie Anm. 34), S. 213 ff.; LEE (wie Anm. 15), S. 150 ff., sowie TOMLINSON (wie Anm. 35), S. 104 f.

40 Vgl. hierzu LEE (wie Anm. 15), S. 186 ff.; JONES, Country (wie Anm. 3), S. 174 ff., sowie John MILLER, Popery and Politics in England 1660–1688, London 1973, S. 116 ff.

41 Dies betont LEE (wie Anm. 15), S. 174. Auch Sir William TEMPLE, englischer Botschafter im Haag von 1668 bis 1670, weist auf diese Zusammenhänge hin. Vgl. William TEMPLE, Observations upon the United Provinces of the Netherlands, hg. von George CLARK, Oxford 1972, S. 98 ff., S. 111 ff.

Somit hing alles davon ab, den Krieg erfolgreich durchzuführen und schnell zu beenden. Beides jedoch traf nicht ein⁴². Während das französische Heer das niederländische Festungssystem nahezu mühelos überwand, Utrecht besetzte und von der Einnahme Amsterdams und Den Haags nur durch die Flutung der Polder abgehalten werden konnte, ließen ähnliche Erfolge zur See auf sich warten. Im Gegenteil, die englische Flotte erlitt schwere Verluste, als de Ruyter Ende Mai 1672 bei Sole Bay ein Überraschungsangriff gelang und er nur wenig später bei Southwold Bay das englische Flaggschiff, die *Royal James*, zusammen mit einer stattlichen Zahl anderer Schiffe versenken konnte, zwei Niederlagen, von denen die englische Seestreitmacht während des Sommers sich nicht mehr erholen sollte.

Statt dessen provozierte das Unvermögen, mit dem französischen Allianzpartner in militärischer Hinsicht gleichzuziehen, Auseinandersetzungen in England selbst, die schließlich zu einem Sonderfrieden mit den Generalstaaten führten. Innerhalb der Marine und der Admiralität schoben sich einzelne Gruppen gegenseitig die Verantwortung für die bisher enttäuschenden Ergebnisse des dritten englisch-holländischen Seekriegs zu. Darüber hinaus wies der Vorwurf, die französische Flotte habe sich in den Seegefechten absichtlich zurückgehalten, um die militärischen Erfolge der eigenen Streitkräfte zu Lande um so stärker strahlen zu lassen, aber auch auf den englischen Monarchen und seine Minister, die das Bündnis mit Ludwig XIV. gesucht hatten und nun offensichtlich von diesem übervorteilt worden waren.

Insgesamt verband sich die Kritik an der außenpolitischen Option für Frankreich mit den Auseinandersetzungen⁴³ um den innenpolitischen Kurs der »Cabal«-Minister, wobei vor allem die Indulgenzerklärung ins Zentrum der Auseinandersetzungen rückte. Hierbei wurde sowohl das Recht des Königs in Frage gestellt, einen derartigen Dispens zu erteilen, als auch die Ernennung von mutmaßlichen Katholiken zu Ministern und die Vergabe von hohen Kommandostellen in Heer und Marine an Katholiken kritisiert. Gerade das deutliche Anwachsen der Zahl von Amtsträgern, die sich als Katholiken zu erkennen gaben oder die man der Neigung zum katholischen Glauben verdächtigte, erregte die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit.

Darüber hinaus sollte die innenpolitische Auseinandersetzung um die in Dover initiierte Politik aber auch Konsequenzen zeitigen, die später zu Abdankung und Flucht Jakobs II. führten. Das entscheidende Moment, das Karl schließlich 1674 zur Aufkündigung der Allianz mit Frankreich und zu einem Separatfrieden mit Holland zwang, war die Mobilisierung der Opposition in Parlament und Öffentlichkeit durch Mittelsmänner Wilhelms von Oranien, ein Vorgang⁴⁴, der schließlich ein Muster von Intervention und Gegenintervention verschiedener europäischer Mächte in die englische Innenpolitik schuf, welches sich dann bis zur Glorious Revolution fortsetzen sollte.

42 Vgl. für Einzelheiten JONES, *Britain* (wie Anm. 7), S. 103 ff., sowie Paul SONNINO, *Louis XIV and the Dutch War*, in: Ragnhild HATTON (Hg.), *Louis XIV and Europe*, London 1976, S. 153–178.

43 Vgl. hierzu vor allem LEE (wie Anm. 15), S. 214 ff., sowie JONES, *Country* (wie Anm. 3), S. 174 ff.

44 Dies ist am ausführlichsten beschrieben bei K. H. D. HALEY, *William of Orange and the English Opposition 1672–4*, Oxford 1953, passim, insbesondere S. 88 ff. Vgl. auch Stephen B. BAXTER, *William III*, London 1966, S. 109 ff., sowie C. R. BOXER, *Some Second Thoughts on the Third Anglo-Dutch War, 1672–1674*, in: *Transactions of the Royal Historical Society*, 5. Serie, Bd. 19, London 1969, S. 67–94.

Im vorliegenden Fall konzentrierten sich die holländischen Propagandisten und Agenten darauf, die bestehenden Vorurteile und Mutmaßungen in bezug auf die politischen Absichten des Monarchen und der leitenden Minister zu schüren und somit die innenpolitischen Auseinandersetzungen anzuheizen. Insgesamt wurde hierbei der Krieg gegen Holland als Dreh- und Angelpunkt einer Verschwörung gegen die politischen Freiheiten der Nation und gegen die Position der anglikanischen Staatskirche dargestellt, eine Verschwörung, die der Monarch bei dem Treffen mit seiner Schwester in Dover 1670 verabredet habe. Diese Argumentation war die zentrale These in der im März 1673 verbreiteten Flugschrift »England's Appeal from the Private Cabal at Whitehall to the Great Council of the Nation«, deren Verfasser, Pierre du Moulin, ein aus Frankreich emigrierter Hugenotte, ein überzeugter Anhänger und fähiger Mitarbeiter Wilhelms von Oranien war.

Gerade »England's Appeal«, die bei weitem erfolgreichste der von holländischen Propagandisten verbreiteten Broschüren, baute auf der Unterstellung auf, der König und seine Minister hätten Öffentlichkeit und Parlament absichtlich hintergangen. Die Gelder, die das Unterhaus als Beitrag zur Tripelallianz bereitgestellt hatte, waren hiernach verwandt worden, um als Partner Frankreichs, Stützpfeiler der katholischen Sache, Krieg gegen das protestantische Holland zu führen. Die Indulgenzerklärung, angeblich vor allem zugunsten des Dissent erlassen, sollte in Wirklichkeit dazu dienen, Katholiken eine privilegierte Position zuzumessen. Die Truppenverbände, die für eine Invasion Hollands ausgehoben worden waren und dann, wie es hieß, angesichts des ungünstigen Kriegsverlaufs in England selbst zurückbleiben mußten, sollten nach dieser Interpretation einen Umsturz unterstützen, der Karl zum absolutistischen Monarchen machen und es ihm erlauben würde, ohne Parlament zu regieren und Steuern und Abgaben gewaltsam einzutreiben. Damit waren die wesentlichen innenpolitischen Streitpunkte zu einem einheitlichen Interpretationsmuster zusammengefügt, das die politische Opposition in Parlament und Öffentlichkeit begierig aufgriff, um den König zur Aufgabe des Bündnisses mit Frankreich und zu einem Separatfrieden mit den Generalstaaten zu zwingen.

Unterstützung fand der Vorwurf, die überkommenen Rechte der gewählten Volksvertretung schmälern und damit die innenpolitische Balance zugunsten der Krone verändern zu wollen, noch dadurch, daß das Unterhaus relativ lange, nämlich seit April 1671, nicht mehr getagt hatte. Im Unterschied zum ersten und zweiten englisch-holländischen Seekrieg war das Parlament am Vorabend dieses Krieges nicht das Sprachrohr der Befürworter einer militärischen Auseinandersetzung mit dem lästigen Handelsrivalen⁴⁵. Im Gegenteil, Karl II. hatte das Unterhaus aus wohlerwogenen Gründen bis Frühjahr 1673 vertagt in der Hoffnung, bis dahin so große militärische Erfolge vorweisen zu können, daß die Stimmung zu seinen Gunsten umschlagen würde. Als dies nun nicht eingetroffen war, vielmehr die Fortsetzung des Krieges auch über das Jahr 1673 hin zu erwarten stand, war eine Einberufung des Unterhauses – schon allein wegen der Kosten für die Ausrüstung und Bemannung der Flotte für den kommenden Sommer – nicht mehr zu umgehen.

Die Parlamentssession vom Februar und März 1673 stand aber noch nicht so im Zeichen der Mutmaßungen über den »absolutistischen« Kurs des Monarchen wie

45 Diesen Unterschied betont JONES, Britain (wie Anm. 7), S. 53.

spätere Sitzungsperioden; die ersten Exemplare von »England's Appeal« kamen erst Ende März/Anfang April zur Verteilung in der englischen Hauptstadt. Das Unterhaus⁴⁶ konzentrierte seine Vorwürfe gegenüber der Krone vielmehr auf die Indulgenzerklärung und machte seine Bereitschaft, Mittel zur Fortsetzung des Krieges zu bewilligen, von der Rücknahme dieser Maßnahme und der Unterschrift des Königs unter eine Testakte abhängig, die alle Inhaber ziviler und militärischer Ämter verpflichtete, sich zur anglikanischen Staatskirche zu bekennen und den kirchlichen Suprematseid zu leisten. Nach einigem Zögern erklärte sich Karl schließlich hierzu bereit und erhielt im Gegenzug die in Aussicht gestellten Gelder zur Weiterführung des Krieges.

Dennoch beendete das Einlenken des Monarchen hinsichtlich der Indulgenzerklärung nicht die Verdächtigungen über den politischen Kurs der Krone. Im Gegenteil, als nach Verabschiedung der Testakte eine Zahl prominenter Mitglieder des Hofes, darunter Clifford als Schatzkanzler und der Herzog von York als Oberbefehlshaber zur See, ihre Ämter niederlegten, schien deutlich zu werden, wie stark der Einfluß von Katholiken im öffentlichen Leben bereits gewesen war. Insbesondere die Erkenntnis, daß der Thronfolger offenbar zum katholischen Glauben übergetreten war, ja, gegenwärtig eine Heirat mit der katholischen Prinzessin Maria Beatrice von Modena erwog, gab der Furcht vor einem »papistischen« Anschlag auf die überkommenen Rechte von Parlament und Kirche neue Nahrung.

Der Sommer 1673 stand ganz im Zeichen dieser Nachwirkungen der Testakte, die so gut in die Argumentation von »England's Appeal« paßten. Diese Flugschrift⁴⁷ erreichte in diesen Monaten eine außerordentliche Verbreitung und tat das ihre, die Forderung nach einem Ende des Krieges und einer Verständigung mit den Generalstaaten zu verstärken. Zudem ließen erneute Fehlschläge zur See, die wiederum der mangelnden Unterstützung der französischen Flottenteile zugeschrieben wurden, das Gefühl wachsen, vom französischen Bündnispartner schmäählich hintergangen worden zu sein, zumal dessen Armeen zur selben Zeit ihren Vormarsch fortsetzen konnten. Wie ein zeitgenössischer Beobachter schrieb, war *the dissatisfaction [...] so great at this conjuncture with the French, that the general speech in the City and that among the soberest and chiefest persons is that unless this alliance with France be broken, the nation will be ruined*⁴⁸. Indem der Hof versuchte, öffentliche Kritik an der Allianz mit Ludwig XIV. und an der Kriegführung zu unterdrücken⁴⁹, verstärkte er diese Grundstimmung nur noch und setzte sich selbst der Kritik aus.

Unter diesen Auspizien wurde im Herbst/Winter 1673 das Unterhaus zum Brennpunkt der Opposition gegen die Politik der »Cabal«-Minister und gegen das Bündnis mit Frankreich⁵⁰. Angesichts des offenkundigen Scheiterns seiner mit dem Vertrag von Dover initiierten Politik und in Ermangelung von (militärischen oder anderen) Machtmitteln, sie auch gegen das Parlament durchzusetzen, gab Karl II. dann seinen bisherigen politischen Kurs, wenn auch zögernd, auf. Der Vertrag von

46 Vgl. hierzu generell D. T. WITCOMBE, Charles II and the Cavalier House of Commons 1663–1674, Manchester 1966, S. 127ff.

47 Vgl. BOXER (wie Anm. 44), S. 92.

48 So Robin YARD, der Herausgeber der »London Gazette«, zitiert in *ib.*, S. 91.

49 Vgl. hierzu *ib.*, S. 90.

50 Vgl. die Darstellung bei WITCOMBE (wie Anm. 46), S. 141ff.

Westminster vom 9./19. Februar 1674 brachte einen Separatfrieden mit den Generalstaaten, der den Status quo ante festschrieb und England nur eine relativ geringe Kriegsentschädigung zubilligte.

Dieser Friedensvertrag besiegelte den Erfolg der Strategie Wilhelms von Oranien, durch Intervention in die englische Innenpolitik, nämlich durch die Mobilisierung der Opposition in Öffentlichkeit und Parlament, einen außenpolitischen Kurswechsel des Landes zu erreichen, der von weitreichenden Konsequenzen für die verfassungspolitische Stellung der Krone sein sollte. Hier stellte sich zum ersten Mal in aller Schärfe die Frage nach möglichen Beschneidungen der Rechte des Monarchen im Falle einer katholischen Thronfolge, wie sie dann wenige Jahre später in der sog. »Exclusion Crisis« ihren ersten Höhepunkt erreichen und in der »Glorious Revolution« 1688 gar zu Abdankung und Flucht Jakobs II. führen sollte. Damit hatte der Vertrag von Dover Folgen gezeitigt, die auch für die eingangs erörterte Frage nach dem Verhältnis von geographischer Lage und politischem System aufschlußreich sein können.

Warum gelang es Karl II. nicht, wie beispielsweise in Frankreich Kardinal Mazarin im Fronde-Aufstand zwei Jahrzehnte zuvor, sich gegen die mit dem äußeren Feind, nämlich Spanien, verbündete innere Opposition durchzusetzen und hierbei die Grundlage für eine deutliche Stärkung der Position der Krone zu legen? Um dies zu beantworten, ist es notwendig, noch einmal die (verfassungs-)politische Position der Krone zu Beginn der Restaurationszeit auszuloten und von hier aus ihre Aktionsfreiheit im innen- und außenpolitischen Bereich abzustecken.

Wie jüngst konstatiert worden ist⁵¹, wurden mit der Rückkehr der Stuarts auf den englischen Thron im Jahre 1660 im wesentlichen »Formen« wiederhergestellt, also die Ausübung der Regierungsgewalt durch König, Ober- und Unterhaus, das staatskirchliche System usw., während die konkrete Machtposition der einzelnen Institutionen noch genauer bestimmt werden mußte. Irreführend oder zumindest mißverständlich war jedoch der Anspruch, mit der Restauration des Königtums Karl II. dieselbe Machtfülle zuzugestehen wie seinem Vater und somit die Zeit nach 1641 oder gar nach 1640 praktisch auszulöschen. Gewiß, die während des Interregnums erlassenen Gesetze wurden für nichtig erklärt, dennoch aber – bis auf den sog. »Triennial Act«, der 1664 modifiziert wurde⁵² – die von Karl I. durch seine Unterschrift 1640/41 sanktionierten Beschneidungen der Rechte der Krone beibehalten. Damit standen dem dritten Stuart auf dem englischen Thron wichtige Machtmittel und Institutionen, die sein Vater bei seinem Regierungsantritt noch vorgefunden hatte, nicht mehr zur Verfügung, allen voran die prärogativen Gerichtshöfe und die Möglichkeit zur Erhebung prärogativer Steuern. Dies konnte durchaus eine empfindliche Einbuße für die Position der Krone bedeuten, wenn es zu einer erneuten Kraftprobe mit dem Parlament kam.

Andererseits wurde diese Minderung der Rechte der Krone in mancher Hinsicht aufgewogen durch die allgemein begeisterte Zustimmung zur Wiedererrichtung der monarchischen Staatsform nach den Wirren von Bürgerkrieg und Commonwealth. Dies gab dem aus dem Exil zurückgekehrten König nicht nur ein großes persönliches

51 LEE (wie Anm. 15), S. 4.

52 Vgl. hierzu OGG (wie Anm. 3), S. 454. Diejenigen während des Interregnums erlassenen Gesetze, deren Beibehaltung als wünschenswert galt – insbesondere im ökonomischen Bereich (Navigation Act) –, mußten nach 1660 wieder in Kraft gesetzt werden.

Prestige, das er zu seinen Gunsten einsetzen konnte, sondern vereinigte auch alle wichtigen (Verfassungs-)Institutionen in dem Willen, die so festgeschriebenen Rechte der Krone zu wahren. Das galt zuvorderst für die anglikanische Staatskirche, deren Führer den göttlichen Ursprung der Monarchie betonten und hieraus den unbedingten Gehorsam aller Untertanen gegenüber dem kirchlichen Oberhaupt ableiteten, aber auch für beide Häuser des Parlaments, in denen in der großen Mehrzahl loyale Anhänger der Krone saßen. Gerade das 1660 gewählte Unterhaus, das sog. »Kavaliersparlament«, stand – zumindest in den ersten Jahren seines Bestehens – den Belangen des Monarchen relativ aufgeschlossen gegenüber und zeigte sich bemüht, die ihm zur Ausübung seiner Funktionen notwendigen Mittel bereitzustellen.

In diesem Sinne kann die verfassungspolitische Situation der Restaurationszeit als ein Schwebezustand gekennzeichnet werden, in dem zwar ein gewisser Rahmen für die Aktionsfelder von Krone und Parlament abgesteckt worden war, die konkrete Auslotung der Reichweite der jeweiligen Möglichkeiten und die Gewichtung beider Institutionen in der Zukunft aber noch erfolgen mußte. Allerdings waren nach den Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte beiden Seiten bestimmte Möglichkeiten verschlossen: das Unterhaus schreckte vor einer so »exzessiven« Beschneidung der königlichen Rechte wie durch das Lange Parlament und vor einem neuen Königsmord oder einer Exilierung des Königshauses eindeutig zurück; auf der anderen Seite würde die Krone sich zur Erweiterung ihres Aktionsfeldes nicht der Armee bedienen können, da nach dem abschreckenden Beispiel Cromwells jeder Versuch, mittels eines stehenden Heeres die bestehende politische Ordnung gewaltsam zu verändern, den geschlossenen Widerstand nahezu aller Teile der englischen Nation hervorrufen mußte. Die dramatischen Ereignisse der Vergangenheit – Bürgerkrieg, Königsmord und Militärdiktatur – hatten die bisherige Machtbalance zerbrochen, eine Rückkehr zur politischen Kräfteverteilung und zum Regierungssystem der Tudor- oder selbst der frühen Stuartzeit – obwohl dies in mancher Hinsicht versucht wurde⁵³ –, war nicht mehr möglich, vielmehr mußte im Rahmen der bei der Restauration der Monarchie vereinbarten Kompetenzregelung noch eine neue Balance gefunden werden.

Diese Schwebelage im Verhältnis von Parlament und Krone gab beiden Seiten die Chance, durch geschickten Einsatz der ihr zur Verfügung stehenden politischen Möglichkeiten die andere zurückzudrängen und sich selbst zum verfassungspolitisch entscheidenden Organ zu machen. Dies hatte Karl II. mit seiner in Dover initiierten Politik versucht, scheiterte hiermit jedoch am fehlenden militärischen Erfolg. Dies nahm nun seinerseits das Unterhaus zum Anlaß, sich zum Wahrer der wohlverstandenen Interessen der Nation zu machen, die durch den Monarchen augenscheinlich an eine ausländische Macht verraten worden waren. Gerade das Bündnis mit dem katholischen Frankreich gegen den Glaubensgenossen Holland zerstörte die Übereinstimmung zwischen Nation und Krone gegen den »papistischen« Feind, die – aus der Sicht der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts – seit der Regierungszeit Elisabeths I. die Essenz eines »protestantischen Patriotismus«⁵⁴ ausgemacht hatte und an der nun die Politik Karls II. gemessen wurde.

Dessen Politik im Zusammenhang mit dem Vertrag von Dover bedeuteten, daß nun

53 Dies gilt insbesondere für Clarendon, vgl. für Beispiele HARRIS (wie Anm. 3), S. 327ff.

54 So MILLER (wie Anm. 40), S. 173.

die »papistische« Gefahr nicht mehr Krone und Nation (bzw. das sie repräsentierende Parlament) einte, sondern daß die siegreiche Gegenreformation im Verein mit der Krone eine Gefahr für die politische und religiös-kirchliche Ordnung der Nation zu werden drohte, ein deutliches Indiz, daß der Konsensus, der – zumindest in der (verklärenden) Rückblende – seit der Reformation beide Teile geeint hatte, nun zusammengebrochen war. Gerade der allgemeine Vormarsch des Katholizismus, der um die Mitte des 17. Jahrhunderts den Protestantismus in die Randgebiete Europas – Norddeutschland, Holland, Skandinavien, England, Schottland – abgedrängt hatte⁵⁵ und der nun mit dem Aufstieg Frankreichs zur Hegemonialmacht in Europa einen neuen machtvollen Förderer zu erhalten schien, begünstigte die Furcht vor »popery and arbitrary rule« und die Entfaltung einer antikatholischen Legende in England, in deren Gefolge die allgemeine europäische Entwicklung der letzten 150 Jahre im Sinne eines Kampfes zwischen dem Protestantismus und den Kräften der Gegenreformation interpretiert wurde und die diese Kräfte jetzt nach dem Inselstaat greifen sah.

Diese Konstellation wurde nun in der Situation akut, als 1673 mit der Inkraftsetzung der Testakte und dem Rücktritt des Herzogs von York als Oberbefehlshaber zur See offenkundig wurde, daß der Thronfolger zum katholischen Glauben übergetreten war und mit seiner Heirat mit Maria von Modena sich die Möglichkeit weiterer katholischer Thronerben aufat. Galt bisher die protestantische Thronfolge durch die beiden im anglikanischen Glauben erzogenen Töchter Jakobs gesichert und damit die Perspektive eines (einzelnen) dem katholischen Glauben nahestehenden Monarchen als nicht allzu bedrohlich (zumal dessen Regierungszeit aufgrund seines Alters nur kurz sein würde), so änderte sich dies in dem Moment, als die Heiratspläne des Herzogs von York der Öffentlichkeit bekannt wurden. Diese reagierte hierauf mit einem Ausbruch antikatholischer Gefühle, wie sie seit den 1640er Jahren nicht mehr zu verzeichnen gewesen waren⁵⁶.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, daß die holländische Propaganda von einer Verschwörung von Papst und Krone gegen die politischen Freiheiten der Nation so begierig aufgegriffen wurde und die Warnung vor dem französischen Bündnis auf so fruchtbaren Boden fallen konnte. Die Entfremdung zwischen Krone und Nation, zwischen »Court« und »Country«⁵⁷, die in den emotionsgeladenen politischen Debatten des Sommers 1673 zum Ausdruck gekommen war, ließ den Hof als einen von ausländischen, »papistischen« Kräften bestimmten Fremdkörper im politischen Leben der Nation erscheinen und machte im Gegenzug das Parlament zum Wahrer der überkommenen Rechte und Freiheiten des Gemeinwesens, wobei sogar das direkte oder indirekte Zusammenspiel mit Wilhelm von Oranien als legitim zur Verteidigung der bestehenden politischen Ordnung angesehen wurde.

Dieses Vorbild der erfolgreichen Intervention holländischer Propagandisten in die englische Innenpolitik, die schließlich zu einem außenpolitischen Kurswechsel des Landes geführt hatte, suchte dann in der Folgezeit auch der französische Monarch zu imitieren. Allerdings war nach dem Ausscheiden Englands aus dem gemeinsamen Krieg gegen die Niederlande für Karl II. wie auch für seinen Bruder Jakob, der ja einer der eifrigsten Befürworter der in Dover eingeschlagenen Politik gewesen war, letztlich

55 Auf diese Sichtweise weist John P. KENYON, *The Popish Plot*, London 1972, S. 2, hin.

56 Vgl. hierzu im einzelnen MILLER (wie Anm. 40), S. 130ff.

57 So der Titel bei JONES (wie Anm. 3).

keine aktive Rolle mehr in den französischen Plänen vorgesehen. Insgesamt war für Ludwig XIV. England nur in den Augenblicken ein ernstzunehmender Faktor, in denen es von Wilhelm von Oranien zu einem aktiven Glied einer antifranzösischen Allianz gemacht zu werden drohte. In diesem Sinne suchte er in entsprechenden Gefahrenmomenten heimliche Kontakte zu seinem englischen Vetter selbst oder auch zu den führenden Köpfen der parlamentarischen Opposition. Dies reichte⁵⁸ von einem erneuten englisch-französischen Beistandsabkommen 1681, das es Karl II. ermöglichte, nach der Auflösung des Oxford-Parlaments dank entsprechender französischer Zuwendungen für den Rest seines Lebens ohne eine gewählte Volksvertretung zu regieren, bis hin zu Bestechungsgeldern an einzelne Parlamentarier, die hierdurch bewogen werden sollten, eine Teilnahme des Landes an der sich bildenden antifranzösischen Allianz zu hintertreiben. Parallel hierzu schürte er auch entsprechende Vorurteile und Mutmaßungen über den angeblich auf ein absolutistisches Königtum hinsteuern Kurs des Monarchen, um so durch innenpolitische Lähmung auch eine aktive Außenpolitik unmöglich zu machen.

Im Sinne dieses Vorsatzes war Ludwigs Vorgehen durchaus Erfolg beschieden. Dieses Ergebnis französischer Politik sollte dann schließlich Wilhelm von Oranien, inzwischen mit der Thronfolgerin vermählt, nötigen, nun seinerseits die entscheidendste und folgenreichste Intervention in die englische Politik zu unternehmen, nämlich seine Invasion⁵⁹ der Insel im November 1688. Die Flucht Jakobs II. an den französischen Hof, die Anerkennung der Rechte des Parlaments in der Declaration of Rights sowie die Bestätigung der kirchlichen Ordnung in der Toleranzakte legten die Streitfragen bis auf weiteres bei, die die englische Innenpolitik während der letzten Jahrzehnte beherrscht und den ausländischen Interventionsabsichten Anlaß und Basis gegeben hatte. Hierbei hatte Wilhelm von Oranien wiederum seine Kontakte zur innerenglischen Opposition genutzt, deren Appell zur Rettung der überkommenen Freiheiten der Nation er mit seiner Invasion schließlich nachgekommen war. Allerdings sollte nicht verkannt werden, daß das vornehmste Ziel des zukünftigen englischen Monarchen darin lag, die englische Außenpolitik auf eine Teilnahme am Kampf gegen den französischen Hegemonialanspruch hin zu orientieren und das Land zu einem aktiven Mitglied der antifranzösischen Allianz zu machen. Damit war die Invasion, die schließlich zur Glorious Revolution und zur Bestätigung der Rechte des Parlaments führte, letztlich von außenpolitischen Erwägungen bestimmt.

Es sollte sich als großer Fehler erweisen, daß Ludwig XIV. am Vorabend dieser Invasion den Bitten Jakobs II. um militärische Unterstützung⁶⁰ nicht nachgekommen ist. Allerdings erlag er wie die Mehrzahl der Zeitgenossen der falschen Hoffnung, daß sein Gegenspieler Wilhelm von Oranien mit diesem Schritt auf längere Zeit in den Kämpfen mit Jakob und dessen Anhängern in England festgehalten, damit also die antifranzösische Allianz ihres Kopfes beraubt und gleichzeitig der französische Monarch in die Lage versetzt werden würde, einen kombinierten diplomatischen und militärischen Feldzug gegen das Reich durchzuführen. Daß dieses Kalkül nicht

58 Vgl. hierzu *ib.*, S. 111f., 214ff., sowie DERS., *Britain*, (wie Anm. 7), S. 125 ff.

59 Vgl. im einzelnen BAXTER (wie Anm. 44), S. 222 ff., sowie J. R. JONES, *The Revolution of 1688 in England*, London 1972, S. 250 ff.

60 Vgl. hierzu und zum folgenden Claude NORDMANN, *Louis XIV and the Jacobites*, in: HATTON (wie Anm. 42), S. 82–111.

aufging, vielmehr der Widerstand Jakobs buchstäblich dahinschmolz und Wilhelm von Oranien in wenigen Wochen praktisch zum Herrn Englands aufstieg, sollte dann Ludwigs Absichten schließlich zum Scheitern bringen.

Dennoch beendete auch die Glorious Revolution nicht alle Versuche zur äußeren Intervention in die englische Politik oder zur Invasion der britischen Inseln. Dies bezieht sich zunächst einmal auf den späten Versuch des französischen Monarchen, die Position des neuen englischen Königs durch Unterstützung der katholischen Rebellen in Irland in Frage zu stellen. Hier gelang es Wilhelm jedoch schließlich, den mit französischer Hilfe zurückgekehrten Jakob Stuart, dessen irische Anhänger und die französischen Hilfstruppen in der Schlacht an der Boyne 1690 entscheidend zu schlagen und damit die Gefahr einer Ausweitung der Rebellion auf Schottland und England zu unterbinden.

Die Schlacht an der Boyne und der Seesieg bei Barfleur-La Hogue zwei Jahre später, der der französischen Invasionsflotte eine vernichtende Niederlage bereitete und England zur führenden Seemacht der Zukunft machte⁶¹, beendeten praktisch die Gefahr einer erneuten ausländischen Invasion. Alle Versuche zur Durchsetzung der Thronansprüche der exilierten Nachkommen Jakobs II. erwiesen sich schließlich als erfolglos. Zwar blieb die Furcht vor einer jakobitischen Restauration ein konstantes Element der englischen Politik nach der Glorious Revolution, doch war sie letztlich ein Faktor, der das Land hinter Wilhelm von Oranien und seiner Nachfolgerin, Anna, vereinte, da deren außenpolitischer Kurs zur Eindämmung der französischen Hegemonie auf dem Kontinent auch Jakob Stuart und seinen Anhängern die Möglichkeit zu einer erfolgreichen Invasion nehmen würde.

Insgesamt stand diese Furcht vor einer jakobitischen Restauration unter der Vorstellung, daß sie auch die innere Verfassung des Landes wesentlich verändern würde. Grundlage dieser Annahme waren die Erfahrungen, die sich an das Verhalten Karls II. im Vorfeld des dritten englisch-holländischen Seekriegs knüpften, als nämlich, wie es schien, der dritte Stuart auf dem englischen Thron mit aktiver Unterstützung des französischen Königs versucht habe, die überkommenen Freiheiten der Nation zu zerstören und in England »popery and arbitrary rule« Vorschub zu leisten. Die mit dem Vertrag von Dover beginnende Intervention verschiedener europäischer Staaten in die englische Innenpolitik, speziell in die Auseinandersetzungen zwischen Krone und Parlament um ihre jeweiligen Rechte, kulminierte schließlich in der Invasion Wilhelms von Oranien und der Glorious Revolution, die die innere Verfassung und außenpolitische Rolle des Landes bis auf weiteres festschrieb.

Damit wurde deutlich, daß die politische Sonderentwicklung Englands, nämlich die relativ frühe Durchsetzung eines parlamentarischen Regierungssystems, sich nicht, wie bei Otto Hintze impliziert, vornehmlich aus der geographischen Insellage ableiten läßt, die es dem Land erlaubt hätte, ohne äußere Bedrohung bei der Wahl seiner Regierungsform ein Maß an innerer Freiheit zu erlangen, das den Staaten des Kontinents bis auf weiteres verwehrt blieb. Im Gegenteil, die inneren Auseinandersetzungen um das jeweilige Gewicht von Krone und Parlament bot ausländischen Mächten die Möglichkeit, mit Erfolg in die englische Politik zu intervenieren und durch Versprechungen, Beschuldigungen des politischen Gegners oder auch durch

61 Dies betont JONES, *Britain*, (wie Anm. 7), S. 136 ff.

simple Bestechung den eigenen Parteigängern zum Durchbruch zu verhelfen. Insbesondere Ludwig XIV. und Wilhelm III. von Oranien entwickelten in diesem Zusammenhang ein Muster von Intervention und Gegenintervention, um unter dem Mantel innen- und verfassungspolitischer Argumente eine den eigenen Interessen gemäße äußere Ausrichtung Englands zu erreichen. Letztlich schreckten beide auch nicht vor einer Invasion der Insel zurück, um den eigenen Absichten zum Durchbruch zu verhelfen. Im Falle des erfolgreichen Wilhelm von Oranien leitete sie gleichsam als Nebenprodukt der Einreihung Englands in die antifranzösische Allianz die Durchsetzung des parlamentarischen Regierungssystems ein, das die innenpolitische Ordnung des Landes in Zukunft prägen sollte. Hierbei erwies sich die mit der Restauration von 1660 gegebene Schwebelage im Verhältnis von König und Parlament als Voraussetzung und Instrument zugleich, um durch äußere Intervention zugunsten der einen oder anderen Seite auch die zukünftige innere Ordnung des Landes zu bestimmen. Beide Parteien, also der auf den göttlichen Ursprung seiner Herrschaft und die daraus abgeleitete uneingeschränkte Regierungsgewalt verweisende Monarch wie auch das sich als Vertretung des gesamten *body politic* verstehende und daher auf seine Mitsprache- und Mitwirkungsrechte pochende Parlament, optierten hierbei für einen bestimmten außenpolitischen Partner, mit dessen Hilfe sie ihren innen- und verfassungspolitischen Vorstellungen zum Durchbruch verhelfen wollten. Diese Konstellation gab dann der Partei das Übergewicht, die durch die direkte oder indirekte Intervention ihres jeweiligen Partners die bestehende Schwebelage zu ihren Gunsten zu ändern vermochte. Während die entsprechenden Pläne Karls II. nicht von Erfolg gekrönt waren, sollte es schließlich der parlamentarischen Opposition gelingen, durch ihren Hilferuf an Wilhelm von Oranien den eigenen Vorstellungen zum Sieg zu verhelfen. Die Glorious Revolution mit ihrer Ausschaltung des legitimen Herrschers und der Regelung der Thronfolge durch Parlamentsgesetz beantwortete die Frage nach der letzten Autorität im Staate eindeutig im Sinne des Parlaments und wies damit den Weg zur konstitutionellen Monarchie und zum parlamentarischen Regierungssystem.

RÉSUMÉ FRANÇAIS

Le traité de Douvres entre Charles II et Louis XIV est à l'origine de la question suivante: Était-ce la position insulaire de l'Angleterre qui déterminait l'évolution de sa politique intérieure dans la 2^{ème} moitié du 17^{ème} siècle ou l'intervention de pouvoirs étrangers dans les conflits entre la couronne et le parlement qui permettait l'établissement des bases d'un système gouvernemental parlementaire lors de la «Glorieuse Révolution»? Ceci paraît opportun, car l'alliance du mois de juin 1670 et la troisième guerre anglo-hollandaise qui la suivit motiva l'intervention d'autres États européens dans la politique intérieure anglaise.

L'intention des deux monarques de mener de front une guerre sur terre et sur mer contre les États Généraux afin de réduire leur territoire et de les éliminer comme concurrent commercial était à la base des négociations pour une future alliance. Mais le contrat contenait encore une clause qui pour la politique intérieure ne recélait pas mal de force explosive: il s'agissait de la déclaration d'intention du monarque anglais de se convertir au catholicisme – projet pour lequel Louis XIV lui promit le paiement d'une certaine somme. Simultanément à ce pacte avec la France absolutiste on réalisa en Angleterre des mesures administratives et fiscales visant à renforcer la position de la couronne vis-à-vis du parlement pour assurer sa prépondérance politique. La condition préalable pour le bon accomplissement de ce projet était un succès

militaire rapide des forces navales anglaises dans la guerre contre les Etats Généraux – pour pouvoir profiter de la gloire militaire ainsi obtenue en consolidant la position de la couronne.

Mais ceci ne se réalisa pas. Les défaites navales en 1672/73 multiplièrent les controverses intérieures autour de l'orientation politique du monarque. Au centre de la critique se trouva surtout la déclaration d'indulgence publiée trois semaines avant l'éclatement de la guerre, celle-ci favorisait l'entrée au parlement et aux fonctions d'Etat aux Non-conformistes et aux catholiques.

La supposition que Charles II voulait, grâce à cette guerre et aux mesures de politique intérieure introduire »popery and arbitrary rule« en Angleterre, c'est-à-dire limiter les droits et les libertés traditionnels de la nation et empiéter sur la position de l'Eglise d'Etat, fut à la suite encore nourrie par l'extérieur. En été 1673 des propagandistes hollandais purent intervenir avec grand succès dans ces conflits et provoquer encore d'autres soupçons de ce genre en diffusant des tracts et des brochures ayant un contenu diffamatoire. Sous la pression de ces conflits Charles II se vit finalement forcé de réviser sa politique intérieure et de rompre l'alliance française pour conclure une paix séparée avec les Etat Généraux en 1674.

L'intervention fructueuse des propagandistes hollandais dans les conflits entre la couronne et le parlement créa un modèle d'intervention et de contre-intervention, qui marquera la politique anglaise jusqu'à la ›Glorieuse Révolution«. En 1688 Guillaume d'Orange profita de l'appel à l'aide de l'opposition anglaise pour envahir l'île et l'incorporer ainsi dans son système d'alliances anti-françaises; cette option de politique extérieure accorda au parlement le pouvoir d'imposer ses idées constitutionnelles dans la ›Declaration of Rights«.

De fait, la situation d'incertitude qui régnait entre la couronne et le parlement, caractéristique de l'époque de la Restauration, favorisa une intervention extérieure qui déterminera la future structure intérieure du pays. Les projets de Charles II échouèrent, mais grâce à l'aide de Guillaume d'Orange l'opposition parlementaire obtint un gain de cause.